

Festvortrag 65 Jahre Europaunion

9. Dezember 2011

Europa – unsere Antwort auf die Globalisierung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken, zum 65jährigen Jubiläum der Europaunion heute in Syke zu Ihnen zu sprechen. Ganz besonders bedanke ich mich bei Frau Upmeyer und bei Herrn Thiel. Ich habe mich von Ihnen gern in die Pflicht nehmen lassen, denn Europa liegt mir am Herzen.

Danken möchte ich Ihnen aber auch für Ihr Engagement für Europa. Erst durch die Einladung zu diesem Vortrag habe ich erfahren, dass die Europaunion vor 65 Jahren hier in Syke gegründet worden ist. Dass macht mich als ehemaligen Diepholzer natürlich stolz. Ich hoffe, dass

die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Syke und Diepholz inzwischen ungetrübt sind, nachdem die Kreisreform, wenn ich mich recht erinnere, vor etlichen Jahren einen Schatten auf diese Beziehungen geworfen hat. Ich hoffe, es ist wie in Deutschland und wie in Europa: Es wächst zusammen, was zusammen gehört!

Wie es der Zufall will, fällt die heutige Jubiläumsfeier mit einem der wichtigsten und wahrscheinlich folgenreichsten Gipfeltreffen der Europäischen Union zusammen. Die europäische Politik hat sich enorm beschleunigt, sie ist fast atemlos geworden. Gewaltige Kräfte sind hier am Werke, die von unseren Regierungen und Parlamenten Entscheidungen in rascher Folge verlangen.

Europa steckt seit zwei Jahren in einer Dauerkrise. Fast ist die Krise zum Normalzustand geworden! Es ist in Wahrheit eine dreifache Krise: eine Staatsschuldenkrise,

eine politische oder institutionelle Krise und eine Vertrauens- bzw. Legitimationskrise.

Seit wir vom ganzen Ausmaß der griechischen Staatsverschuldung erfahren haben, ist das Vertrauen in die Stabilität des Euros tief erschüttert. Selbst bei den entschiedensten Verfechtern der europäischen Idee mag sich von Zeit zu Zeit der Zweifel gemeldet haben, ob unsere Gemeinschaftswährung dem Ansturm der Märkte trotzen kann.

Bisher ist dies gelungen, doch schon jetzt ist der Preis dafür hoch. Allein sechs Regierungen sind als direkte Folge der Krise gestürzt oder neu gewählt worden: In Irland, Portugal, der Slowakei, in Griechenland, Italien und zuletzt in Spanien.

Der ganze Kontinent ächzt unter dieser Krise. Und auch das Land, das ihr bisher am besten getrotzt hat, nämlich Deutschland, spürt seine Folgen. Eine dieser Folgen ist,

dass die Forderungen nach politischer Führung, die sich an Berlin richten, deutlich zugenommen haben.

Niemand hat diese Erwartungen so klar ausgesprochen wie der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski bei einer Rede vergangene Woche in Berlin.

„Ich verlange von Deutschland“, hat Sikorski seinen Zuhörern gesagt, „dass es der Euro-Zone zum Überleben und Gedeihen verhilft. Sie wissen genau, dass kein anderer das kann. Ich bin vermutlich der erste polnische Außenminister der Geschichte, der so etwas sagt, aber so ist es: Ich fürchte die deutsche Macht weniger als die deutsche Untätigkeit. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen.“

Für deutsche Ohren sind das ungewohnte Töne. Es ist eine ganz neue Herausforderung, und die Bundeskanzlerin hat sie anfangs nur zögernd, dann aber entschlossen angenommen.

Angela Merkel hat am Anfang viel zu sehr gezaudert. Hätte sie auf die griechische Schuldenkrise schneller reagiert, manches wäre uns wahrscheinlich billiger gekommen. Aber es ist müßig, heute darüber zu streiten. Wichtig ist: Frau Merkels politische Statur ist in der Krise gewachsen; heute ist sie die Schlüsselfigur der europäischen Politik und sie nimmt diese Aufgabe entschlossen wahr.

Inzwischen ist auch der deutsch-französische Motor wieder angesprungen, der lange gestottert hat und dem manchmal der Sprit ganz auszugehen schien. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, die anfangs nicht viel miteinander anfangen konnten, arbeiten immer enger zusammen – inzwischen ergänzt durch den überaus kompetenten neuen italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti.

Angela Merkel hat immer wieder gesagt: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Und damit hat sie recht. Der Euro ist das bisher ehrgeizigste politische Projekt der Europäischen Union. Ich betone das Wort „politisch“. Denn die Einheitswährung schweißt unsere Länder nicht nur wirtschaftlich zusammen; sie zwingt auch die Regierungen zum gemeinsamen Handeln. Und dabei muss nationaler Egoismus zwangsläufig in den Hintergrund treten.

Wobei die Krise einen Widerspruch für jedermann sichtbar aufgedeckt hat, der von Anfang an da war, um den man sich aber lange Zeit herumgedrückt hat. Wir haben eine Währungsunion ohne gleichzeitige politische Union geschaffen; wir haben eine gemeinsame Geldpolitik, aber eine höchst unterschiedliche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wie sollte das funktionieren? Zumal dann, wenn sich einzelne Länder, darunter auch Deutschland, an die Forderungen des Stabilitäts- und

Wachstumspaktes nicht gehalten haben und niemand sie dazu zwingen konnte, dies zu tun.

Dieser Konstruktionsfehler soll nun repariert werden. Das ist, auf eine Kurzformel gebracht, das Ziel des heutigen Gipfeltreffens. Die Aufgabe lautet, Mechanismen zu schaffen, die in den einzelnen Mitgliedsländern eine finanzpolitische Stabilität erzwingen. Der heutige Gipfel in Brüssel soll eine „Fiskalunion“ beschließen mit weitreichenden Eingriffsrechten in die nationale Haushaltspolitik.

Bisher galt das Haushaltsrecht als das „Königsrecht“ der nationalen Parlamente. Künftig soll die Europäische Union ein Einspruchs- und Eingriffsrecht erhalten, wenn sich einzelne Mitgliedsstaaten nicht an die vereinbarten Stabilitätskriterien halten. Die Bundesregierung möchte sogar, dass Staaten, die sich nicht an die vereinbarten Stabilitätskriterien halten, vor dem Europäischen Gerichtshof angeklagt werden können.

Das ist eine klare Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte. Aber wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble es vor ein paar Wochen auf dem Europäischen Bankenkongress in Frankfurt ganz unbefangen formuliert hat: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr souverän gewesen.“

Wolfgang Schäuble gehört zu den leidenschaftlichsten Europäern in der deutschen Politik. Er streitet seit vielen Jahrzehnten für ein geeintes Europa. Schäuble hat mit einem Souveränitätsverzicht keine Probleme. Er sagt: „Der klassische Nationalstaat vergangener Jahrhunderte kann die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht mehr lösen.“

Wolfgang Schäuble steht mit dieser Meinung in Berlin keineswegs allein. Man hört ähnliche Meinungen quer durch alle Parteien, bei der Union, bei der SPD, bei den

Grünen – sogar in der FDP, die ihre Mitglieder gerade befragt, wie sie es künftig mit Europa halten soll.

In Berlin ist der Konsens groß: Der Ausweg aus der Krise heißt „mehr Europa“, nicht weniger Europa. Und dafür nimmt man auch Souveränitätsverzicht in Kauf. Der CDU-Abgeordnete Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hat mir kürzlich gesagt: „Unser Grundgesetz schließt nicht aus, dass Deutschland sich weiter europäisiert.“

Ruprecht Polenz, ein Konservativer wie Wolfgang Schäuble, aber wie dieser ein überzeugter Europäer, ist ebenfalls nicht der Meinung, dass die Geschichte mit dem Nationalstaat an ihr Ende gelangt sei. Wie alle, so habe auch er in der Schule gelernt, dass der Nationalstaat die Antwort gewesen sei auf territoriale Zersplitterung und ewige Kriegswirren in Europa. Jetzt aber stoße der Nationalstaat „objektiv an Grenzen, dem Bürger das zu gewährleisten, wozu er erfunden wurde“.

Es gibt in Berlin inzwischen viele, die zu einem begrenzten und vernünftigen Verzicht an staatlicher Souveränität bereit sind. Jürgen Trittin von den Grünen, mit dem ich ebenfalls kürzlich gesprochen habe, sagt, statt von Souveränitätsverzicht rede er lieber von „Souveränitätsübertragung mit dem Ziel des Souveränitätsgewinns“. Trittin argumentiert mit den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft. Eine Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas erhöhe die europäische Souveränität und damit auch die Souveränität einzelner Mitgliedsstaaten. Ich glaube, dass er damit recht hat.

Die Diskussion über eine recht weitreichende Übertragung von Souveränitätsrechten hätte es ohne die Staatsschuldenkrise nicht gegeben. Wie so oft in der Geschichte der Europäischen Union wird auch jetzt wieder die Krise zur Chance.

Nie hat es eine so intensive und so breite europäische Diskussion gegeben. Wir erleben jetzt in Ansätzen eine europäische Öffentlichkeit, in der wir alle miteinander über unsere gemeinsame Zukunft diskutieren. Die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik ist in Europa fließend geworden. Wann wussten wir jemals so genau über die griechische oder die italienische Innenpolitik Bescheid wie heute?

Es ist allerdings auch höchste Zeit, dass sich die Bürger an dieser Diskussion beteiligen. Zu Recht wird seit langem kritisiert, dass Europa immer mehr zu einem „Elitenprojekt“ geworden ist, bei dem über die Köpfe der Leute hinweg entschieden wird.

Dieses Legitimationsdefizit ist von niemandem so scharf kritisiert worden wie von dem Philosophen Jürgen Habermas, der seit Jahren leidenschaftlich für ein Europa der Bürger streitet. Habermas hat in den vergangenen Wochen wieder einmal in die Debatte

eingegriffen und scharf den, wie er es nennt,
„postdemokratischen Exekutivföderalismus“ kritisiert.

Er meint damit, dass alle wichtigen Entscheidungen auf kurzem Wege zwischen den Regierungen fallen, meist direkt zwischen Merkel und Sarkozy. Aber wie soll es in der Krise, wo schnell gehandelt werden muss, auch anders gehen?

Langfristig allerdings, da hat Habermas recht, schwächt eine solche Politik die europäische Integration. Auf die Dauer müssen die Gemeinschaftsinstitutionen der EU, die Kommission und vor allem das Europäische Parlament, gestärkt werden. Der intergouvernementale Prozess, der kurze Draht zwischen den Hauptstädten, vor allem zwischen Berlin und Paris ist nur als Krisendiplomatie akzeptabel. Wird er zum Dauerzustand, höhlt er die Gemeinschaftsinstitutionen aus.

In einem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat Habermas unter der Überschrift „Rettet die Würde der Demokratie“ folgendes geschrieben:

„Die Staaten der Europäischen Währungsunion (müssten) die Krise als Chance begreifen und mit der Absicht, ihre politische Handlungsfähigkeit auf supranationaler Ebene zu verstärken, Ernst machen. Das griechische Desaster ist (...) eine deutliche Warnung vor dem postdemokratischen Weg, den Merkel und Sarkozy eingeschlagen haben. Eine Konzentration der Macht bei einem intergouvernementalen Ausschuss der Regierungschefs, die ihre Vereinbarungen den nationalen Parlamenten aufs Auge drücken, ist der falsche Weg.“

Ich finde es fabelhaft, dass Intellektuelle wie Habermas endlich einmal wieder engagiert in die europapolitische Debatte eingreifen. Endlich wird wieder über Europa gestritten und debattiert! Es war auch höchste Zeit.

Denn in anderen Teilen der Welt nimmt das Interesse an Europa immer mehr ab. Wenn wir unsere Probleme nicht bald in den Griff kriegen, wird man uns in Amerika und in Asien als hoffnungslosen Fall abschreiben.

Wer verstehen will, was für Europa gegenwärtig auf dem Spiel steht, der muss ans andere Ende der Welt blicken.

Im November hat US-Präsident Barack Obama eine bemerkenswerte Reise gemacht. Hawaii, Australien und Bali bildeten die Kulisse einer tiefgreifenden Wende in der amerikanischen Außenpolitik. Auf dieser Reise hat Obama Amerikas Pazifisches Jahrhundert ausgerufen.

Natürlich ist Amerika seit mehr als einem Jahrhundert eine Pazifische Macht, die Vereinigten Staaten haben die Region nie verlassen. Aber zehn Jahre lang war Amerikas Aufmerksamkeit von den Kriegen im Irak

und in Afghanistan absorbiert. Zur selben Zeit beschleunigte sich der wirtschaftliche Aufstieg Asiens, vor allem der Aufstieg Chinas.

Die Rivalität der beiden Supermächte China und Amerika wird das 21. Jahrhundert bestimmen, daran kann es keinen Zweifel geben. Die weltwirtschaftlichen und damit auch die weltpolitischen Gewichte verschieben sich von West nach Ost, vom Atlantik zum Pazifik. Auf diese Machtverschiebung müssen vor allem wir Europäer uns einstellen. Denn in Washington, also bei unserem wichtigsten Verbündeten, ist heute immer häufiger zu hören: Unsere Zukunft ist transpazifisch, nicht transatlantisch.

Wenn die Europäische Union nach einem neuen „Narrativ“ sucht, warum die Einigung Europas zwingend notwendig ist, und wenn man sagt, der Friede in Europa reiche als Begründung dafür nicht mehr, denn dieser Friede sei gesichert – dann kann man die

Begründung in diese globalen Machtverschiebung finden.

Kein einzelnes europäisches Land wird sich im 21. Jahrhundert allein gegen die aufstrebenden asiatischen Länder behaupten können. Wer sich in eine europäische Kleinstaaterei zurückträumt, der sollte sich diese Machtverschiebung hin und wieder vor Augen halten. Ein politisch nicht geeintes Europa macht sich über kurz oder lang irrelevant. Beim Ostasiengipfel auf Bali Ende November waren die Europäer nicht einmal als Beobachter erwünscht!

Machen wir uns nichts vor: Europa wird mehr und mehr zur Peripherie einer sich herausbildenden neuen Weltordnung. Wir glauben immer, alles drehe sich um uns. Das ist ein grandioser Irrtum! Das Interesse an uns lässt nach, auch die Geduld mit uns – nicht zuletzt wegen unseres Versagens, die europäische Staatsschuldenkrise schneller in den Griff zu bekommen.

Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird sich in der Welt des 21. Jahrhunderts behaupten können. Ein geeintes Europa ist daher die unabweisbare Antwort auf die Globalisierung und die damit einhergehenden Machtverschiebungen. Sprechen wir nicht mit einer Stimme, dann machen wir uns zum Spielball der Weltmächte!

Wobei es nicht nur um die Schwäche Europas geht. Auch die Vereinigten Staaten stecken in der Krise. Auch sie werden der Staatsverschuldung – die inzwischen 15 Billionen Dollar erreicht hat – nicht Herr. Schon jetzt hängt Amerika am Tropf Chinas. Die Volksrepublik ist mit über tausend Milliarden Dollar der größte ausländische Gläubiger Washingtons.

China wird in wenigen Jahren die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt sein. Es hat bereits Deutschland und Japan überholt, bald wird es auch stärker als Amerika sein. Für den Westen ist China nicht

nur ein wirtschaftlicher Konkurrent. Letztlich geht es um einen neuen Systemwettbewerb. Denn anders als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt, die an ihrer Schwäche zusammenbrachen, ist das chinesische Modell – diese Mischung aus leninistischer Einparteiherrschaft und freier Marktwirtschaft – ökonomisch außerordentlich erfolgreich.

Im Westen dagegen nimmt die Diskussion über politische Dysfunktionalitäten zu. In Amerika ist dies seit längerem zu beobachten; dort blockieren sich Administration und Kongress in starrer Konfrontation, die Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern ist stärker denn je. Im vergangenen Sommer stand das Land kurz vor der Staatspleite.

Aber auch in Europa haben wir mit der dramatischen Staatsschuldenkrise die Probleme unserer parlamentarischen Demokratie deutlich vor Augen. Es ist kein Zufall, dass sowohl in Griechenland als auch in

Italien zwei Ökonomen, zwei „Technokraten“, die keiner politischen Partei angehören, an die Spitze der Regierung getreten sind, nachdem sich die Vorgänger unfähig gezeigt hatten, ihre Länder aus der Krise zu führen.

Diese Entwicklung ist nicht ungefährlich. Denn der Eindruck könnte entstehen, dass unsere Demokratien mit der Lösung der Finanzkrise überfordert sind. Noch macht das Wort von der „Schwatzbude“, das wir aus der Weimarer Republik kennen, nicht die Runde; noch rufen die Leute nicht nach dem starken Mann. Aber täusche sich niemand: Wenn sich die Finanzkrise festfrisst, könnte sich das rasch ändern.

Wir müssen vor der „autoritären Versuchung“ auf der Hut sein, vor der der Soziologe Ralf Dahrendorf schon in den neunziger Jahren gewarnt hat. Schon sind aus China auftrumpfende Töne zu hören, nach dem Muster: Der ständige Blick auf Wahlen verhindere in Amerika

und Europa, dass die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise ergriffen würden.

Sind die westlichen Demokratien in der Lage, schnell genug Antworten auf die Herausforderungen zu geben, mit denen wir uns konfrontiert sehen? Das ist die entscheidende Frage. Wenn wir sie nicht mit Ja beantworten können, droht der Demokratie ein gravierender Vertrauensverlust. Dann könnte aus der Bankenkrise und der Staatsschuldenkrise am Ende tatsächlich eine Krise unserer Demokratie werden. Und dass müssen wir um jeden Preis verhindern.

Wolfgang Schäuble hat neulich gesagt: „In den westlichen Demokratien geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“ Das ist richtig. Aber am Ende der gründlichen Debatte müssen Entscheidungen stehen. Ich hoffe, dass heute ein solcher Tag ist, an dem endlich die notwendigen Entscheidungen fallen.

Wir sollten allerdings auch unsere eigenen Stärken nicht vergessen. Gerade in dem neuen Systemkonflikt zwischen dem autoritären, staatskapitalistischen China und dem Westen geht es ja nicht nur ums Geld, und nicht nur um Raketen. Es geht auch um Demokratie, Recht und um Freiheit. Das bleiben die Stärken des Westens – auch im heraufziehenden Pazifischen Zeitalter.

Diese Stärken können aber auch verloren gehen. Deshalb müssen wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen! Die Finanzkrise ist vom Westen ausgegangen, sie muss auch vom Westen gelöst werden. Durch eine Regulierung der Finanzmärkte. Durch den entschlossenen Abbau unserer Schulden. Durch eine mutige Reformpolitik. Und durch die beschleunigte Integration Europas im Sinne einer Fiskalunion und einer Politischen Union.

Bei Besuchen in Washington oder in Peking, wenn ich mit den dort üblichen Zweifeln an der europäischen Integration und am Überleben des Euro konfrontiert bin, habe ich immer wieder gesagt: Ihr werdet Euch noch wundern, wie viel Kraft in diesem alten Europa noch steckt. Ihr könnt Euch darauf verlassen: Wir Europäer werden unsere Gemeinschaftswährung verteidigen. Denn sie ist unser bisher wichtigstes Projekt. Europa wird am Ende aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. So war es in der Geschichte der EU noch immer.

Jean-Claude Trichet hat kurz vor seinem Ausscheiden als Präsident der Europäischen Zentralbank in einem Interview mit der Financial Times folgendes gesagt: „Wir erleben gegenwärtig, wie in Europa Geschichte gemacht wird. Nach allem, was ich weiß, wird niemand, kein Politiker und kein Land die Verantwortung tragen wollen, dass es rückwärts geht. Deshalb vertraue ich auf die Zukunft Europas.“

So geht es mir auch. Alle wissen, was auf dem Spiel steht. Alle wissen, was jetzt zu tun ist. Ich bin überzeugt, sie werden es auch tun.

Denn auf dem Spiel stehen ja nicht nur unsere gemeinsame Währung, nicht nur unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit. Wenn in Europa die Grenzen wieder hochgezogen werden sollten, erst die Wahrungsgrenzen, dann die Handelsschranken und irgendwann auch die politischen Grenzen: Dann geht es vielleicht beim europäischen „Narrativ“ doch wieder um Krieg und Frieden. Nur wer ahistorisch denkt, kann dies ausschließen.

Um den Frieden muss man sich schon bemuchen. Und auch um die Freiheit. Die so oft als bürokratisches Monster gescholtene EU ist letztlich ein Freiheits-Projekt. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat geschrieben: „Dieses Europa hat eine außerordentliche Geschichte zu erzählen, eine

Geschichte, die von der Ausbreitung der Freiheit handelt. Bei den Polen ebenso wie zuvor den Spaniern ging die Rückkehr zur Freiheit Hand in Hand mit der Rückkehr nach Europa.“

Darum geht es. Wir blicken in Europa auf 66 Jahre Frieden zurück. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist dies eine gewaltige politische Leistung – und ein unermessliches Glück. Ein Glück, das nicht nur nach innen, sondern auch nach außen verpflichtet. Denn wir leben auf keiner Insel der Seligen. Das haben uns in diesem Jahr die Aufstände in der arabischen Welt deutlich gemacht. Libyen mit seiner nun zum Glück gestürzten widerlichen vierzigjährigen Gadafi-Diktatur und Syrien, wo das Blutvergießen noch andauert und sich zu einem Bürgerkrieg ausweiten könnte, sind Europas Nachbarn.

Wir Deutschen haben vor 66 Jahren unsere zweite Chance nur als Teil Europas bekommen. Deshalb dürfen

wir von allen Europäern am allerwenigsten nachlassen in der Anstrengung, das geeinte Europa zu bauen. Nach der Wiedervereinigung haben wir gesagt, wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa.

Niemand hat mehr Grund als wir Deutschen, ein Volk der guten Nachbarn zu sein. Deshalb hat Helmut Schmidt am vergangenen Sonntag auf dem SPD-Parteitag zu Recht vor deutscher Kraftmeierei gewarnt. Niemand steht in Europa mehr in der Pflicht als wir. Für kein anderes Land ist aber auch der Gewinn größer.

Wenn wir alles in allem nehmen: die Freiheiten, die wir genießen, unsere Bürgerrechte, den materiellen Wohlstand, die soziale Absicherung, die kulturelle und religiöse Toleranz, den Schutz der Minderheiten, unsere technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, die Sorge um Natur und Umwelt – dann leben wir im Vergleich zu anderen Weltregionen gegenwärtig in der besten aller Welten.

Das ist aber nur möglich, weil wir seit 66 Jahren im Frieden leben. Der aber bleibt immer gefährdet – wir haben es in den 90er Jahren auf dem Balkan erlebt. Verlassen wir uns nicht darauf, dass es immer so bleibt, sondern tun wir etwas dafür. Eine engere politische Integration Europas ist die beste Garantie dafür.

Die Staats- und Regierungschefs haben gestern Nacht in Brüssel in diesem Sinne einen kleinen, aber wichtigen Schritt gemacht. Hoffen wir, dass sie die Chance dieser Krise entschlossen nutzen und endlich einen Ausweg aus der Staatsschuldenkrise finden.

Es gibt überhaupt keinen Grund, in Schwermut und Pessimismus zu verfallen. Europa hat enorme Stärken. Es muss seine Kräfte nur bündeln, damit es nicht eines Tages zum Spielball anderer Mächte wird.

Und lassen Sie uns nie vergessen, was die oberste Maxime des europäischen Projekts bleiben sollte. Am

Ende geht es nicht ums Geld, geht es nicht um Staatsanleihen und um Stabilisierungsfonds. Am Ende geht es um die Freiheit. Sie zu verteidigen und ihr da, wo sie fehlt, zum Durchbruch zu verhelfen, muss Maßstab aller europäischen Politik bleiben.

Vielen Dank!